

Die „Freie“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Großvertrieb 14 M. im voraus jährlich. Für Vorbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Bezugsband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saame u. Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., bei Einzelbest. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 16 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 6/8.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 4.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufsache Anzeigen laut Text, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Die Freie

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die neuen Steuerpläne der Reichsregierung

Erhöhung der indirekten Steuern — Keine Erfassung der Goldwerte

Berlin, 6. August. (Amtlich.)

Die Beratung des Reichskabinetts über die neuen Steuern ist zu einem gewissen Abschluss gekommen. Ueber die gesamten Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums kann folgender Ueberblick gegeben werden.

Es liegen folgende Gesetzentwürfe vor:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckerteuergesetzes, Erhöhung der Zuckersteuer von 14 auf 100 Mark für 100 Kilogramm.
2. Entwurf eines Südstoffgesetzes.
3. Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol — Erhöhung der Festsollereinnahme von 800 auf mindestens 4000 Mark unter gleichzeitiger völliger Umarbeitung und Vereinfachung des Gesetzes.
4. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern:

- a) Erhöhung der Leuchtstoffsteuer auf das Vierfache.
- b) Verdoppelung der Zündwarensteuer und der Mineralwassersteuer.
- c) Erhöhung der Biersteuer auf das Vierfache unter gleichzeitiger Erweiterung der Spannung zwischen dem höchsten — 50 M. — und dem niedrigsten Steuerfuss — 41 M.
- d) Beseitigung der Ermäßigung der Tabaksteuerfuss — § 86 des Tabaksteuergesetzes — unter gleichzeitiger Umgestaltung der obersten Steuerklasse für fein geschneittenen Rauchtabak, Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak.

5. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung von Zöllen — Erhöhung der Zölle für Bananen, Datteln, Kaffee, Tee, Gewürze, Kakao und Schokolade, sowie für eine Reihe von Waren, die für den allgemeinen Verbrauch nicht wesentlich sind oder nur dem Luxus dienen.

6. Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Kohlensteuergesetzes — Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 v. H. des Wertes unter gleichzeitiger Ermäßigung des Reichsministers der Finanzen, die Steuer vorübergehend auf 25 v. H. zu ermäßigen.

7. Entwurf eines Kennzeichengesetzes — Zulassung von Buchmacherweilen.

8. Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes — wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einbeziehung der Lastkraftwagen.

9. Entwurf eines Versicherungsteuergesetzes. Die gegenwärtig im Reichstempelgesetz vorgesehenen niedrigen Steuerfüsse sollen erhöht und die Steuerbefreiung eingeschränkt werden. Der Steuerfuss soll für Feuerversicherungen auf unbewegliche Gegenstände 15 v. H., auf bewegliche Gegenstände 40 v. H., für 1000 Mark betragen unter entsprechender Berücksichtigung für Baunotversicherungen, Lebensversicherungen 4 vom Hundert der Prämie.

10. Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderung des Umsatzsteuergesetzes — Verdoppelung der Umsatzsteuer unter gleichzeitiger Einschränkung der Befreiungsvorschriften bei der Einfuhr und Ausfuhr, wobei jedoch den Bedürfnissen des Ausfuhrhandels Rechnung getragen werden soll. Mögliche Vereinfachung der Luxussteuer. Erhöhte Umsatzsteuer für Luxusgegenstände, mit Zuschlagsrecht der Gemeinden. Der bisherige Beteiligungssatz der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer soll unverändert bleiben.

11. Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Körperschaftsteuergesetzes. — Die Körperschaftsteuer soll bei den Erwerbseinkünften 30 v. H. des gesamten steuerbaren Einkommens betragen. Die bisherigen steuerlichen Begünstigungen der Schachtelgesellschaften sollen abgeschwächt, die Erhöhung der Körperschaftsteuer durch eine Milderung der Besteuerung des Dividendeneinkommens in der Hand der Besitzer teilweise ausgeglichen werden.

12. Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes. — Unter vollständiger Umgestaltung des Reichstempelgesetzes, aus dem die Besteuerung der Kennzeichen und Kraftfahrzeuge in besondere Gesetze übernommen worden ist, sollen die der Kapitalbildung dienenden Vorgänge in dem Kapitalverkehrssteuergesetz zusammen besonders behandelt werden. Hierunter fallen Begründung von Gesellschaften, bei denen die Beteiligung auf Kapitaleinzahlungen beschränkt ist. Hierunter ist insbesondere die Besteuerung der Aktiengesellschaften mit 7 v. H. zu erwähnen. Das System der Börsensteuer soll unter Vornahme von beträchtlicher Vereinfachung belassen werden, jedoch unter Erhöhung der Sätze für Dividendenpapiere, insbesondere Aktien. Die Steuer soll hierfür für Kundengeschäfte auf 6 vom Tausend erhöht, jedoch demgemäß gesteuert werden, damit sie sich jeweils der wirtschaftlichen Lage anpassen kann. Weiter ist die Möglichkeit der Besteuerung des Devisenhandels geschaffen. Die letztere Maßnahme soll aber erst Platz greifen, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse angezeigt erscheinen lassen. Die Börsenumsatzsteuer soll auch die Gewährung von Bezugsrechten ergreifen. Endlich erhält das Gesetz eine Gewerbesteuer, die gelegentlich auf Gewerbe von ganzen Geschäftsunternehmungen und Sondervermögen und eine Ergänzung der Umsatzsteuer bildet.

13. Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. — Das Reichsnotopfer muß der fortschreitenden Entwertung der Mark und der Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, dem es nach seiner Anlage nicht Rechnung tragen konnte, angepaßt werden. In erster Linie entbehrt das Festhalten an einem bestimmten Erbschafts, der nicht nur über die Steuerpflicht, sondern auch über den Vermögensstand und die Bewertung des Vermögens entscheidet, bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gestaltung, die jeder Schwankung der Mark folgt, der sachlichen Berechtigung. Bei jeder Schwankung der Mark werden Berechnungen des Vermögens und Wertänderungen, die nach dem 31. Dezember 1919 eingetreten sind, grundsätzlich nicht. Wertminderungen nur im engen Rahmen berücksichtigt. Neu gebildete Vermögen werden von ihm nicht er-

fakt. Die Ablösung des Reichsnotopfers, das auf der Grundlage einer besseren Mark errechnet worden ist, kann mit der schlechteren vorgenommen werden. Es läßt mithin gerade diejenigen im weiten Umfang unberücksichtigt, die im wahren Sinne des Wortes Nutznießer der Geldentwertung geworden sind. Das Reichsnotopfer stellt aber weiter deshalb eine unzulängliche Erfassung des tragfähigen Vermögens dar, weil die gegebenen Bewertungsvorschriften unter dem Grundsatze einer besonderen Schonung der Sachwerte stehen. Eine Berücksichtigung der Sachwerte gegenüber dem reinen Kapitalvermögen erscheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr vertretbar. Während das Kapitalvermögen sich bei gleichbleibendem Nennbetrage wirtschaftlich mit der sinkenden Kaufkraft der Mark vermindert, bleiben Gewerbetreibende und Grundbesitzer im wesentlichen von der Geldentwertung verschont. Deshalb schlägt der Entwurf einen sachgemäßen Ausbau des Reichsnotopfergedankens vor. Und zwar in der Weise, daß zwar der nach Gesetz über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers bezeichnete Teil erhoben, im übrigen aber an die Stelle des Restbetrages des Reichsnotopfers eine laufende Vermögenssteuer mit einem zeitlich begrenzten Zuschlag treten soll. Hierbei ist in Aussicht genommen, den festen Zuschlag anzugeben und damit alle neu gebildeten Vermögen zu erfassen, die Steuer in Zeitabschnitten von etwa 3 zu 3 Jahren oder auch in kürzeren Zeitabschnitten zu veranlagern und damit Wertsteigerungen und Wertminderungen Rechnung zu tragen, schließlich aber das Vermögen unter anderen wirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten zu bewerten und damit die schwer empfundene Ungleichmäßigkeit der geltenden Regelung auszugleichen. Die laufende Vermögenssteuer soll von 0,06 bis 1 vom Hundert ausfallen und bei nicht physischen Personen 1 1/2 vom Tausend betragen. Hierzu soll auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag treten, der für physische Personen 300 v. H., für nicht physische Personen 150 v. H. der Vermögenssteuer beträgt. Jede Begünstigung des wachsenden Vermögens soll beseitigt und dadurch der Druck auf das Betriebs- und Grundvermögen vermehrt werden. Die Befreiung durch die Vermögenssteuer und den Zuschlag wird in vielen Fällen einen Eingriff in die Vermögenssubstanz unvermeidlich machen. Der Entwurf will aber jeden Zwang zu unwirtschaftlicher Abgabe von Teilen der Substanz vermeiden, es vielmehr der eigenen wirtschaftlichen Entschliebung überlassen, in welcher Weise der Steuerpflichtige die regelmäßig nicht aus seinen Einkünften tragbare Steuerlast abzurufen will. Zur Grundlage der Wertermittlung soll grundsätzlich der gemeine Wert, wie ihn die Reichsabgabenordnung umschrieben hat, gemacht werden. Da aber in einer stetig ständiger Bewegung der Mark mit den herkömmlichen Mitteln der Wertberechnung nicht auszukommen ist, sollen für die Dauer des Zuschlages für alles Vermögen, das nicht wie das Kapitalvermögen der Abwärtsbewegung der Mark folgt, besondere der Geldwertbewegung angepaßte Bewertungsgrundsätze gelten. Diese Grundsätze sollen von dem Reichsminister der Finanzen nach Anhörung des Reichsrates sowie von berufenen Vertretern der verschiedenen Erwerbszweige sowie unter Beteiligung des Reichswirtschaftsrates mit bindender Kraft erlassen werden. Sie sollen dem Wertstand der Mark Rechnung tragen und bei dem Betriebsvermögen, insbesondere aus Gewinn und Umsatz des Unternehmers Rücksicht nehmen. Dabei soll angeordnet werden können, daß der Wertberechnung feste Durchschnittssätze zu Grunde gelegt werden. Das Ziel der Bewertungs-vorschriften soll und muß sein, die Sachwerte voll und ganz in entsprechender Weise zur Abgabe heranzuziehen. Insofern Zahlungen über den beschleunigt zu entrichtenden Teil des Reichsnotopfers hinaus geleistet worden sind, sollen sie unter entsprechender Verzinsung auf die Vermögenssteuer angerechnet oder auf Antrag in den gleichen Zahlungsmitteln erstattet werden, in denen sie entrichtet worden sind.

14. Entwurf eines Vermögenszuwachssteuergesetzes. An die Stelle des geltenden Vermögensgesetzes soll im Anschluß an die unter Ziffer 13 erwähnte Vermögenssteuer eine Vermögenszuwachssteuer treten, bei der die Wertung des Vermögens nach den gleichen Grundsätzen wie bei der Vermögenssteuer erfolgen soll. Vermögen, die nicht mehr als 100 000 Mark betragen, und ein Zuwachs, der 25 000 Mark nicht übersteigt, sollen von der Steuer frei bleiben. Der Steuerfuss soll mit 1 v. H. für die ersten 100 000 Mark beginnen und bei Zuwächsen über 6 Millionen Mark den Höchstfuss von 10 v. H. erreichen.

15. Entwurf eines Gesetzes über die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Die Entwertung der Mark seit dem Jahre 1919 hat auf der einen Seite manchen Vermögen nur einen Bruchteil ihrer früheren Kaufkraft gelassen, auf der anderen Seite riesenhafte Gewinne geschaffen, reichhaltig selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß es sich nicht um wertvolle Goldmark, sondern um entwertete Papiermark handelt. Diese Gewinne müssen zur Besteuerung herangezogen werden, trotz des Bedenkens, daß hierdurch eine verhärtete Steuer- und Kapitalflucht oder eine Antriebe Verschwendungssucht oder sonstige unproduktive Wirtschaftsführung herbeigeführt werden kann. Es sollen in erster Linie die großen Gewinne, die in direkter oder indirekter Nachwirkung des Krieges gemacht worden sind, zur Steuer herangezogen werden. Dabei muß ebenso wie bei den Kriegsgewinnen von einer Begriffsbestimmung der Nachkriegsgewinne abgesehen werden und die Besteuerung unter Schonung des möglichen Zuwachses in der Nachkriegszeit entstandenen Vermögenszuwachses erfolgen. Vermögen bis zu 200 000 Mark sollen von der Abgabe befreit bleiben, ebenso ein Zuwachs von nicht mehr als 100 000 Mark. Die Steuerfüsse sollen sich zwischen 5 und 30 v. H. bewegen und die Bewertung soll bei dem Kapitalvermögen und dem umlaufenden Betriebskapital nach dem gemeinen Wert, das Grundvermögen und das stehende Betriebskapital dagegen nach

Wahl des Steuerpflichtigen mit dem gemeinen Werte oder mit den Gestehungskosten angelegt werden.

Die unter Ziffer 1-3 bezeichneten Entwürfe liegen dem Reichstag bereits vor; die übrigen Entwürfe sind entweder bereits dem Reichstag und Reichswirtschaftsrat vorgelegt oder werden diesen Körperschaften in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Die vorstehend unter Nummer 8, 11, 12, 13, 14, 15 aufgeführten Entwürfe wollen die Belastung des Besitzes so weit als irgend möglich weiter ausbauen; zieht man weiter noch in Betracht, daß der Besitz auch noch von den Ertragssteuern der Länder und Gemeinden erfaßt wird, so ergibt sich, daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung durch indirekte Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch dem Grundsatze einer ausgleichenden steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung trägt. Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Verteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.

Schon die Nummerierung dieser Steuerfassung zeigt an, welchen Weg die Regierung Wirth gehen will. Zuerst kommt die beträchtliche Erhöhung der indirekten Steuern und der Einfuhrzölle, erst in zweiter Reihe wagt man sich an den Besitz heran. Von der Erfassung der Goldwerte ist überhaupt nicht mehr die Rede. Die Regierung will sich lediglich mit der „Beredelung“ einiger schon bestehender Besitzsteuern begnügen; sie glaubt genug getan zu haben, wenn sie auf dem Papier ausrechnet, daß die indirekten Steuern und die direkten Steuern sich in das aufzubringende Mehr je zur Hälfte teilen. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, ausführlich auf die Vorlagen in ihrer Gesamtheit, wie auf die einzelnen Projekte einzugehen. Soviel muß aber jetzt schon gesagt werden, daß die Vertreter der Arbeiterschaft dieser Art Steuererhebung nicht zustimmen können.

Was bedeutet die Erhöhung aller der in den Vorlagen genannten indirekten Steuern? Eine ganz gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung der schaffenden Bevölkerung, eine weitere Vermehrung ihres Elends, die völlige Ausschüttelbarkeit für die Arbeiterklasse, in absehbarer Zeit ihre Lebenslage auch nur einigermaßen verbessern zu können. Eine neue Teuerungswelle muß die erste Folge dieser Besteuerung sein; selbst wenn es gelingen sollte, durch entsprechende Lohnerhöhungen einen relativen Ausgleich zu schaffen, so wird dieser zum großen Teil wieder vernichtet werden durch die zu erwartende Vermehrung des Geldumlaufs, durch die Verschlechterung unserer Währung. Die Leidtragenden bei dieser Steuererhebung sollen also zuerst, so scheint die Absicht der Regierung zu sein, die minderbemittelten Volkskreise, alle Arbeiter, Angestellten, Beamten, die Rentenbezieher und Unterstützungsberechtigten sein.

Geht die Regierung bei der arbeitenden Bevölkerung gleich aufs Ganze, so übt sie besondere Vorsicht, soweit es sich um die bestehenden Klassen handelt. Sie sagt zwar bei der Vorlage über das Vermögenssteuergesetz, die das Reichsnotopfer „veredeln“ will, daß in vielen Fällen ein Eingriff in die Vermögenssubstanz unvermeidlich sein werde. Gleich darnach beteuert sie aber, daß sie jeden Zwang vermeiden und es der eigenen Entschliebung überlassen will, in welcher Weise der Steuerpflichtige die sich bei dieser Gelegenheit ergebende Steuerlast abtragen will. Es soll also von vornherein der Steuerhinterziehung der bestehenden Klassen der weiteste Spielraum gelassen werden. Wir haben genügend Erfahrungen darüber gesammelt, wie die Besitzer der Goldwerte ihren Verpflichtungen gegenüber dem Reich nachkommen. Trotz der bisher schon bestehenden Besitzsteuern, die angeblich einen ganz erheblichen Teil der großen Einkommen und Vermögen dem Staatsfiskus zuführen sollten, war es den großen und den kleinen Sinnes, dem agrarischen ebenso, wie dem Handelskapital ein Leichtes, ihre Riesengewinne der Besteuerung zu entziehen, und daneben noch ungeheure Werte beiseite zu bringen. Wir haben die nur zu begründete Befürchtung, daß es auch bei den neuen Besitzsteuern nicht viel anders sein wird, wenn hier nicht endlich mit rauer Faust durchgegriffen wird.

Zusammengefacht kann vorläufig gesagt werden: Was die Regierung hier an Steuererlassen vorlegt, ist eine ungeheure Benachteiligung der beschlossenen Bevölkerung. Die Regierung hat darauf verzichtet, ihrem Steuerwerk auch nur einen neuen Gedanken einzuwerfen. Sie baut nach dem alten Schema weiter und glaubt schon ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie die bis jetzt übliche, von kapitalistischen Interessen diktierte, Steuererhebung zu riesigen Dimensionen ausdehnt. Die arbeitende Bevölkerung wird sich mit dieser Art der Lastenverteilung nicht zufrieden geben; sie wird sofort den Kampf beginnen für die Forderung, daß die bestehenden Klassen bis zum äußersten Grade ihrer Leistungsfähigkeit bei der Erfüllung des Ultimatums herangezogen werden!

Deutschland und Frankreich

Von Artur Crispian.

Es war eine mutige Tat unserer französischen Genossen, zu ihrer diesjährigen Jaurèsfeier einen Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu laden. Eine mutige Tat von politischer und geschichtlicher Bedeutung. So wurde die Jaurèsfeier im Rahmen einer Manifestation für die Menschenrechte gleichzeitig auch zu einer eindringlichen Kundgebung der französischen Sozialisten für die Verführung des französischen mit dem deutschen Volk. Genosse Marcel Sembat begrüßte den Vertreter unserer Partei unter dem donnernden Beifall der Tausende im Palais du Trocadéro versammelten Menschen mit der Versicherung, daß das französische Volk von tiefem Friedenswillen besetzt sei. „Insbesondere bitte ich unseren Freund Crispian, in Deutschland zu sagen, daß die französischen Sozialisten von ganzem Herzen ein brüderliches Bündnis der Völker Frankreichs und Deutschlands wünschen.“ Und als dann der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auftrat, bekannten sich die Tausende französischer Sozialisten durch wiederholten demonstrativen Beifall zu den Worten von Marcel Sembat. Ein Chauvinist verlor die Stimmung durch einen Witz zu brechen. Die Folge war, daß der Chauvinist in kürzester Frist, ohne uralte Brutalität, aus dem Saale entfernt wurde und daß sich die Kundgebung der Versammelten für die Völkerverbrüderung in verstärktem Maße minutenlang wiederholte.

Die europäische Frage ist nicht zuletzt ein französisch-deutsches Problem. Die französischen Chauvinisten vergiften und verheken die öffentliche Meinung in Frankreich durch die ihr willfährige Presse, wobei sie freudig die Verheerungen und die Taten der Alldeutschen und Deutschnationalen aller Schattierungen ausnützen. Die deutschen Chauvinisten tun dasselbe in Deutschland. Agitationsmaterial zur Verheerung der Völker liefern die Chauvinisten beider Länder sich gegenseitig in Hülle und Fülle. Da haben wir drüben fast die ganze Presse im Sold der herrschenden Klassen steht, so ist es kein Wunder, wenn die Welt von Sogelasma und Nachgeschrei widerhallt. In weiten Schichten des französischen Volkes ist die Beforgnis gemindert, daß Deutschland sich trotz Friedensvertrag und alldem rascher von den Folgen des Krieges erholen wird als Frankreich, um dann das Schwert zur blutigen Vergeltung zu ziehen. Dabei bemühen sich die französischen Chauvinisten, den Anschein zu erwecken, als arbeiteten alle Klassen und alle Parteien in Deutschland einmütig an der Wiederherstellung des alten Militarismus mit seinem weltfresserischen Säbelrazemant.

Die französischen wie die deutschen Chauvinisten spüren das Problem des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich so zu, als ob für beide Staaten kein Raum sei in Europa. Einer müsse sterben, damit der andere leben könne. Wir wissen, daß dem nicht so ist.

Würde Deutschland von Frankreich zum Sterben gezwungen werden, so müßte Frankreich mitleiden. Denn Frankreich kann nicht leben und gedeihen ohne die Wohlfahrt Deutschlands. Würde Deutschland früher oder später zur Vernichtung von Frankreich schreiten, so würde sich Deutschland mit Frankreich vernichten. Denn Deutschland kann nicht leben und gedeihen ohne die Wohlfahrt Frankreichs.

Sieger und Besiegte sterben schließlich an Sieg und Niederlage.

Die Völker aller Länder sind heute wirtschaftlich, künstlerisch, wissenschaftlich, in ihrem ganzen kulturellen Leben und Wirken, so innig miteinander verbunden und aufeinander angewiesen, daß das Schicksal des einen Staates von entscheidender Bedeutung ist für das Schicksal anderer Staaten. Das Schicksal Deutschlands, Frankreichs, Desterreichs, Russlands oder sonst eines europäischen Staates berührt das Schicksal Europas. Gewalttätige Lösungen von Nationalitätenfragen sind im Grunde nichts anderes als Vertagungen ungelöster Probleme für kommende Zeiten. Bis im Sozialismus mit dem Kapitalismus alle Nationalitätenfragen überwunden sein werden, müssen wir in allen diesen Fragen auf die Verständigung der Länder miteinander hinarbeiten.

Verständigung auch zwischen Frankreich und Deutschland! Das ist der Ruf der französischen Sozialisten an Deutschland. Wir hören diesen Schrei der Menschenliebe und erwidern ihn.

Die französischen Sozialisten kämpfen in ihrem Lande mit planmäßiger Zähigkeit gegen die Chauvinisten. Es ist unseren Genossen in Frankreich bereits gelungen, sich gegenüber dem Haß- und Nachgeschrei der Chauvinisten in der breiten Öffentlichkeit bemerkbar zu machen und sich bis zu einem bestimmten Grade durchzusetzen. Das ist in Frankreich schwerer noch, als in Deutschland. Der Anblick der zerstörten Gebiete, die Leiden und Räte der um Haus und Heim gekommenen Menschen reizen immer wieder alte Wunden auf. Schmerz, Zorn und Empörung regen sich immer erneut gegen diejenigen, die vor allem verantwortlich dafür sind, daß fruchtbares Land und alte Kulturstätten zu Mülleneien und Trümmerhaufen wurden. Man braucht nicht Franzose zu sein, um beim Anblick der zerstörten Gebiete in Frankreich von grimmen Haß gegen die Nordbrenner gepackt zu werden. Die Wiedergutmachung ist notwendig als Werk der Sühne und Veröhnung; sie ist ein Werk im Dienst für die Menschheit.

„Mut, das ist: das Gebeh der triumphierenden Lüge nicht zu dulden.“ Das Wort, das Jean Jaurès einst in einer Rede an die Jugend richtete, war der leitende Gedanke der Gedankfeier. Der mutige Kampf internationaler Sozialisten für die Völkerveröhnung gegen die völkerverheerenden Lügen nationalstaatlicher Bourgeois.

Der 30. Juli 1921, der Tag der Jaurès-Feier, ist ein historischer Tag geworden. Zum erstenmal nach langen schweren Kriegsjahren sprach wieder ein deutscher Sozialist, ein unabhängiger Sozialdemokrat, in Frankreich öffentlich und laut gegen Krieg und Kapitalismus.

Umsonst veruchten bürgerliche Hehlblätter, die Massen gegen den „Boche“ aufzupeitschen, vergeblich hieß der Versuch eines chauvinistischen „Abgesandten“, die Feier zu fördern: an der Wucht und der Geschlossenheit, an dem Ernst und der Würde der Veranstaltung wurden alle Niedrigkeiten zerschanden.

Die französischen Kommunisten bemühten sich, die Tatsache totzuschweigen, daß ein deutscher Proletarier in Paris dem proletarischen Vorkämpfer Jaurès Reverenz erwie. Die „Humanität“, das Blatt der Kommunisten, brachte kein Sterbenswörtchen über die Jaurès-Feier. So wenig sozialistisches Solidaritätsgefühl ist bei den Kommunisten vorhanden, daß sie nichts, rein gar nichts dazu beizutragen, die sozialistische Wahrheit gegen die kapitalistische Lüge zu unterstützen. Die Kommunisten hatten ein paar Tage vorher

in einem kleinen Lokal eine Zusammenkunft, zum Gedenken an Jaurès veranstaltet, die in keiner Weise mit der grandiosen und künstlerisch hochstehenden Jaurès-Feier unserer französischen Genossen verglichen werden kann. Es entspricht nur den ebenso unehrlichen wie rohen Agitationsmethoden der Kommunisten, wenn sie behaupten, daß Jaurès bei den Kommunisten sein würde. Jaurès ein bolschewistischer Kommunist! Jaurès, der glühende Haßer aller rohen Gewalt, der Beräucher jeder Brutalität, dessen Leben ein einziges Ringen um die Ver menschlichung der Menschheit war, dem der Sozialismus Erlebens, dessen Innenleben von einer feinen sozialistischen Kultur erfüllt war, Jaurès ein bolschewistischer Kommunist! Jaurès für Terror! Jaurès Bundesbruder, Freund und Kampfgesährte eines Max Högl! Wer das zu behaupten wagt, schändet das Andenken an Jaurès.

Bornheim und treffend fertigte Genosse Lejebere, der Sprecher der französischen Gewerkschaften bei der Jaurès-Feier, die ungeheuerliche kommunistische Behauptung ab: „Jaurès würde mit den Kommunisten sein, sagen die Kommunisten. Ich aber sage: Alle würden mit Jaurès sein!“ Die Versammelten unterkühlten diese klare Feststellung mit stürmischen Beifall.

Die politische Bedeutung des 30. Juli 1921 liegt darin, daß sich in Paris französische und deutsche Sozialisten, öffentlich, unter jubelnder Zustimmung Tausender und im bewußten Gegensatz zur kapitalistischen Kriegs- und Friedenspolitik, in die Hände gelobten, allen Mächten zum Trost für die französisch-deutsche Verständigung zu arbeiten. Die Erkenntnis, daß die Wiedergutmachung nur das gemeinsame Werk der Proletarier aller beteiligten Länder sein kann, hat ihre Erweiterung gefunden in der Forderung unserer französischen Genossen nach einem brüderlichen Bündnis der Völker Frankreichs und Deutschlands. Wien—Amsterdam—Paris. Das sind die Kennörter der unabhängigen Politik revolutionärer Sozialisten gegenüber jenen Kennörtern imperialistischer Ententepolitik: Versailles—Spa—London.

Die Arbeit für die Verständigung wird mühevoll sein und Unermüdschaft erfordern. Viele Schwierigkeiten sind zu beseitigen. Doch der erste schwerste Schritt ist gelungen. Der Bann ist gebrochen, die erste Breiche geschlagen. Dazu ist die weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Verständigungsarbeit erfüllt: die Uebereinstimmung der französischen und der deutschen Sozialisten.

Der Vertreter unserer Partei wurde von den französischen Genossen aufs Herzlichste begrüßt und mit größter Gastfreundschaft bedacht. Viele Stunden gesellschaftlichen Verkehrs und politischer Aussprachen haben in den Vertretern der Sozialisten zweier Länder die Proletarier zweier Länder menschlich einander nähergebracht und politisch inniger miteinander verbunden.

Zu den bleibenden Erinnerungen wird der Besuch bei dem alten tapferen Jules Guesde gehören. Durch körperliche Leiden ans Zimmer gefesselt, ist der 76jährige Kämpfer von ungebrochener geistiger Frische und Lebendigkeit. Hell und klar leuchteten die Augen aus dem ehrfürchtig gebietenden Prophetenkopfe. Lebhaft und geistvoll sprach Jules Guesde über die politische Situation und über den Stand der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern. Herbe verurteilte er den internationalen Spaltungswahn der Kommunisten. Demgegenüber gab Jules Guesde seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland sich um die Sammlung der Klassenbewußten Proletarier und um die Einheit der Sozialisten für die soziale Revolution bemühen. Eine aktionsfähige internationale sozio-revolutionäre Klarheit und Geschlossenheit der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern voraus. Arbeiten Sie auch in Deutschland weiter erfolgreich in diesem Sinne! rief Jules Guesde beim Abschied unserem Vertreter zu.

Wieviel ist noch in Deutschland zu tun! Wie wenig ist in Deutschland die Ideologie der Revolution bisher in die Massen gedrungen!

Paris, die uralte wunderbare Stadt mit ihren herrlichen Kunstschätzen, mit ihrer reichen kulturgeschichtlichen Vergangenheit, mit ihrer großen revolutionären Tradition! 1789 die Erklärung der Bakille, 1830 die Julirevolution, 1848 die Februarrevolution, 1871 die Kommune, sind Kapitelüberschriften aus der Heldengeschichte der Stadt Paris. Ueberall lesen wir besonders an öffentlichen Gebäuden die Worte: Liberté, fraternité, égalité! Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit. Ueberall stehen wir auf Denkmälen und historischen Stätten der Revolution.

Gewiß, vor allem Worte und Denkmäler der bürgerlichen Revolution. Doch hier gilt, was Jaurès in seinem Buche über die neue Armee schrieb: „Aber ihr eigener Sieg überflügelte die Bourgeoisie, ließ sie hinter sich zurück. Die Ideen und die Ereignisse gaben der modernen Gesellschaft einen Impuls, der weit über die bürgerlichen Interessen hinausreichte ... Dieser Kampf drang bis in die Tiefen des Volkes hinunter. Die Bourgeoisie säte in die Geister und Herzen die Lehren der Unabhängigkeit und des Selbstbewußtseins ... So wurde der Menschheit der Begriff einer unerschütterlichen Macht der Umgestaltung beigebracht, die, nachdem sie die Natur in Aufruhr gebracht haben würde, ihr Wollen auch über die Gesellschaften hin fortplanzen würde: Und warum sollte es nicht auch Epochen der sozialen Welt geben?“

Die revolutionären Kämpfe der Bourgeoisie drangen in Frankreich bis in die Tiefen des Volkes hinunter. Die Kommune von 1871 war eine gewaltige Einleitung der revolutionären Kämpfe des Proletariats. Die revolutionäre Tradition ist in Paris bis in die Tiefen des Volkes lebendig und bewirkt eine entsprechende geistige Einstellung. Auf Schritt und Tritt finden sich dafür Beweise über Beweise. Mit welcher gediegenen und künstlerischen Pracht ist z. B. das Pariser Rathaus ausgestattet. Das Regierungshaus der Bürger, das sich mit jedem Palais eines gottgesandten Königs messen kann, darin kommen die Macht, die Bedeutung, und das Selbstbewußtsein des bürgerlichen Volkes zum Ausdruck.

Bei uns in Deutschland? Daß Gott erbarm! Wir hatten ja wohl auch schon Revolutionen in Deutschland. 1848 und 1918. Aber, leider, diese revolutionären Kämpfe sind noch nicht bis in die Tiefen des Volkes hinuntergegangen. Noch nicht! Ueberall in Berlin ärgern wir uns trotz der Revolution immer noch über den Ritsch der ins Groteske vergrößerten monarchistischen und militaristischen Rippen. Ueberall Varnenitum!

Das sind heilsame nicht äußerlichkeiten. Diese Zeichen sind Ausdruck der inneren geistigen Verfassung der Menschen. Daran erkennt man erst den wahren Charakter einer Revolution. Eine echte und ganze Revolution muß neben der politischen, sozialen und ökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft auch die Menschen selbst in ihrer ganzen geistigen Verfassung vom Grund aus umgestalten. Wie auch der erst ein echter und ganzer Sozialist ist,

der den Sozialismus mit Kopf und Herz erfährt hat und ihn innerlich liebt.

Nun, daraus folgt nichts anderes, als daß wir unser Werk der Sammlung und Schulung, der Aufklärung und der Kämpfe mit verdoppeltem Eifer fortzusetzen haben, daß wir nicht rasten dürfen, bis auch in Deutschland Sozialismus und Revolution bis in die Tiefen des Volkes eingedrungen sind.

Ein alldeutscher Verleumdungsversuch

Die „Deutsche Zeitung“ gibt den von Wolffs Bureau verbreiteten Zusatz aus dem Artikel des Genossen Breitfeld im „Populaire“ mit der Behauptung wieder, daß Breitfeld für Witz Redakteur gemacht habe. Vielleicht sei er sogar im Auftrage Wolffs nach Paris gereist zu dem Zweck, dessen Kabinett zu rotten, weil es sonst mit allen Ministerfreunden Breitfelds vorüber sei.

Es ist nicht notwendig, unseren Genossen Breitfeld gegen die Vöbel der „Deutschen Zeitung“ in Schutz zu nehmen. Sein Artikel im „Populaire“ hat der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen dienen wollen, und wir hoffen, daß er in dieser Hinsicht günstige Wirkungen auslösen wird. Die Alldeutschen wollen freilich von einer Ausöhnung der Völker nichts wissen: ihrem Nationalismus würde es zur höchsten Genugtuung gereichen, wenn Oberstleuten dem deutschen Reich völlig verloren gingen, wenn die Sanftmütigen nach verhängt und die französischen Truppen ins Ruhrgebiet einmarschieren würden.

Immerhin ist es rührend von der „Deutschen Zeitung“, daß sie sich so um die Privatangelegenheiten des Genossen Breitfeld sorgt. Es wäre aber besser gewesen, wenn die „Deutsche Zeitung“ ihren Lesern zuerst den Fall des alldeutschen Heerführers Ernst Steinhilber Chamberslein mitgeteilt hätte. Dieser Ungemach hat bekanntlich kein deutsches Hemd in die schmuckige Wäsche werfen wollen, weil ihm ein reicher Segen an englischen Pfunden münzte. Das Vorhaben ist ihm leider nicht gelungen, das deutsche Vaterland hat ihn wieder. Wir können es gut begreifen, daß die „Deutsche Zeitung“ von diesem Falle kein Aufhebens macht, denn es ist nicht der einzige in seiner Art, und was uns Vaterlandslose als eine besonders schädliche Handlung erscheint, das mag den Lesern von der „Deutschen Zeitung“ wie ein alltäglicher Vorgang dünken. Eben aus diesem Grunde vermuten sie dann den gleichen niedrigen Charakter bei jedem, der keine Neigung zeigt, mit ihnen die Göttingung und den Gedächtnis zu teilen.

Die Hohenzollern, wie sie wirklich sind

Die Parteien und die Blätter der Rechten treiben seit dem Sturz der Hohenzollern einen Kultus mit dem Mitgliedern der ehemaligen Kaiserfamilie, der oft in widerlichstem Byzantinismus ausartet. Wie wenig die Gegenstände dieses Kultus der Verehrung würdig sind, beweist allein schon die Persönlichkeit des früheren Kaisers. Aber auch von keinem anderen Mitglied des Hohenzollernhauses sind Leistungen irgendwelcher Art bekannt, die auch nur eine besondere Erwähnung verdienen. Wohl sind aber von hervorragenden Mitgliedern des Hohenzollernhauses Leistungen bekannt, die jedem gemäßigten Sterblichen die Achtung seiner Mitbürger kosten. In erster Linie tangiert auch hier wieder Wilhelm selbst, während in neuester Zeit Eitel-Schickel den Beweis erbracht hat, daß sich Gottesgnadentum und Schöpfung des Staatsgutes ganz gut miteinander verträgt, was übrigens auch nichts neues ist.

Auch der frühere Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des Kaisers, ein Freund der Alldeutschen und Deutschvölkischen, hat sich in einer Weise benommen, die seinen Verehrern sicher mit bitterem Schmerz erfüllen wird. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Rorderny berichtet, daß der Exprinz auf der Promenade in Rorderny eine so ungewöhnliche Art Unterhaltung auf sich gezogen hätte, daß ein Kurgast, anscheinend ein höherer Offizier in Zivil, an ihn herantrat und ihm kurz sagte, daß man in der heutigen Zeit von einem Hohenzollern wohl erwarten könnte, daß er deutsch spreche. Dieser unangenehme Vorfall genügt dem Hohenzollern nicht, denn kurz darauf rief er einem Zeitungshändler, der das „Berliner Tageblatt“ verkaufte, zu: „Schämen Sie sich nicht, das „Berliner Tageblatt“ zu verkaufen.“ Der Zeitungshändler lachte dem Prager ins Gesicht. Eine etwas deutsche Antwort wäre hier wohl am Platze gewesen.

So führen sich die Herrschaften auf, die ihren Anspruch auf Führung direkt von Gott herleiten. Ob die „Deutsche Zeitung“, das „Deutsche Tageblatt“, die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Arbeiterzeitung“ ihren Lesern auch die Hohenzollern, so wie sie wirklich sind, vorführen?

Alldeutsche Kronzeugen

Als vor wenigen Monaten der Befehlshaber der Thüringer Landespolsizei, Major Müller-Brandenburg, der nationalstaatlichen Seite zum Opfer fiel, konnte sich die reaktionäre Presse nicht genug tun in Behauptungen über die schweren Verbrechen und die hochverräterische Bosheit, die Müller-Brandenburg der Marschallisten geleistet haben soll. Besonders hat im Zusammenhang mit jenen Anschuldigungen das Reichsgericht eine Untersuchung eingeleitet, aber trotzdem dieses oberste Gericht, gemäß seiner Tradition, sicher nichts unversucht gelassen hat, um den allen Reaktionsären verhassten ehemaligen Befehlshaber der Thüringer Landespolsizei aus Waffer zu liefern, hat es bis jetzt doch noch keine Enthaltensurteile gefunden, um das Hauptverbrechen zu eröffnen. Ja, es hat trotz wiederholter schriftlicher und persönlicher Vorstellungen des Angeklagten die Eröffnung keine Basis zur Anklageerhebung bilden. Eine Einleitung des Verfahrens sei aber vorläufig nicht angängig, weil der Kronzeuge gegen Müller-Brandenburg, Lampe, noch nicht sehr aufgetrieben werden können.

So sind die alldeutschen Kronzeugen. Erst verurteilen und dann verschwinden. Sonderbar ist die Auffassung des Reichsgerichts, die Untersuchung gegen Müller-Brandenburg nicht einzuleiten, bevor der Denunziant Lampe nicht aufgetrieben ist. Wenn nun der Lampe, der sich vielleicht irgendwo in Südamerika herumtreibt, in den nächsten Jahren keine Neigung zeigt, seine Denunziationen vor Gericht zu beweisen, soll etwa deshalb die Untersuchung gegen Müller-Brandenburg in alle Ewigkeit weiterrgeführt werden?

Die Ernteaussichten

Nach eingegangenen Berichten an ausländiger Stelle ist die Körnerernte, auch bei Wintergetreide, im Allgemeinen befriedigend, die Kartoffelernte ist allerdings nicht besonders, da die Früchte klein sind, aber doch besser als erwartet. Baldiger Regen kann noch eine Mittelernte erwarten lassen. — Für Landwirte, die unter der Trodenheit stark gelitten haben, notwendig für Viehbauern und Viehzüchter, wird, wenn nötig, eine staatliche Subvention eingeleitet werden.

Helft dem leidenden russischen Volke!

An die arbeitende Bevölkerung Berlins!

In Rußland wüten Hunger und Cholera und andere Epidemien. Die Not und das Elend haben einen noch nie gekannten Grad erreicht. Hier gibt es zu helfen, wenn nicht ein ganzes Volk elend zugrunde gehen soll.

Aber alle politischen und sonstigen Gegensätze hinweg ist es jetzt einfach Menschenpflicht, dem hungernden und sterbenden russischen Volke beizustehen und es vor dem Untergang zu retten. Auch die deutsche arbeitende Bevölkerung wird bei der Erfüllung dieser Menschlichkeit ihre Schuldigkeit tun.

Mit Rücksicht auf die eigene Lage des deutschen Volkes wird sich diese Hilfe in der Hauptsache darauf beschränken müssen, dem russischen Volke in der Bekämpfung der Seuchengefahr behilflich zu sein, und zwar durch Stellung von Medizin, Hygienepersonal, Medikamenten und sonstigen Heilmitteln, soweit sie die deutsche Industrie zu liefern vermag.

Wohl wissen wir, daß die deutsche arbeitende Bevölkerung noch leidet unter den Folgen des Krieges und der zuletzt herrschenden wirtschaftlichen Krisis schwer zu leiden hat. Und dennoch rufen wir das Berliner arbeitende Volk auf, in allgemeiner Solidarität auch dem leidenden russischen Volke zu gedenken, ihm in seiner grenzenlosen Not beizustehen und ihm zu helfen, soweit es immer in seinen Kräften steht.

Arbeitende Bevölkerung Berlins! Denkt daran, daß es Menschen sind, die in Rußland an Hunger und Epidemien sterben und die in ihrer Not auch auf eure Hilfe rechnen.

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und das Ortskartell des U.S.P.D. haben es nach Vereinbarung mit den sozialistischen Parteien übernommen, die Sammlung in Berlin zu leiten. Es werden zu diesem Zweck Sammellisten herausgegeben mit der Aufschrift: **Rußlandhilfe**, die am Kopf an der linken Seite den Stempel: Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, und auf der rechten: U.S.P.D. Ortskartell tragen.

Alle Gelder, die auf diese Sammellisten eingehen, sind an die Gewerkschaftskommission und an das Ortskartell des U.S.P.D. abzuliefern, die sie an das gemeinsame Hilfskomitee für Rußlandhilfe weiterleiten werden.

Aber alle eingegangenen Gelder wird öffentlich quittiert.

U.S.P.D., Ortskartell Groß-Berlin.	
Publik. Schifora. Otto.	
Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.	
Sabath. Sollmershaus.	

Alle Gewerkschaften, Parteien und sonstige Korporationen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie vom Dienstag, den 3. August, ab die Sammellisten im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelsufer 15, vom 1. Tr., Zimmer 13, in Empfang nehmen können.

Sämtliche Betriebe haben sich demzufolge zwecks Empfangnahme von Sammellisten an ihre zuständigen Organisationen resp. Parteien zu wenden und die ausgefüllten Listen mit den geschätzten Geldbeträgen an diese zurückzugeben.

Für Geldsendungen durch die Post ist folgende Adresse zu benutzen: Hans Bieweger, Berlin SO. 15, Engelsufer 15, v. L.

Ein Aufruf des U. D. S. B.

Im "Vorwärts" wird ein Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht, worin ausgeführt wird, daß die Einladung der Kommunistischen Partei aus Gründen, die einer Bräutigam nicht bedürfen, nicht Folge geleistet werden konnte. Es müßte aber die Solidarität mit den Arbeitern Rußlands festhalten werden. Die deutschen Arbeiter würden nicht imstande sein, durch Geldsammlungen eine Summe aufzubringen, mit der gegen die Hungersnot in Rußland etwas auszurichten wäre. Brotgetreide und Geldmittel müßten aus den reichen Ländern kommen. Deutschland müsse gegen die Cholera und die anderen Seuchen helfen und an dieser Hilfeleistung sollten sich auch die Arbeiter Deutschlands beteiligen, soweit es ihre Kräfte erlauben. In Berlin habe sich zu diesem Zweck ein Hilfskomitee gebildet, in dem der Vorstand des U. D. S. B. durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Graßmann vertreten sei. Die ersten Schritte zur Hilfeleistung seien bereits eingeleitet, über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen werde das Komitee in den nächsten Tagen seine Entscheidung treffen.

Dieser Aufruf ist uns bisher nicht zugegangen. Es scheint also, als ob der Vorstand des U. D. S. B. es als seine Aufgabe betrachtet, in dieser Frage lediglich nach den Richtlinien zu handeln, die ihm die S. P. D. liefert. Die S. P. D. hat es abgelehnt, gemeinschaftlich mit den übrigen Arbeitern eine Hilfsaktion für das hungernde Rußland einzuleiten, dagegen erklärte sie sich sofort dazu bereit, mit den von Bürgerlicher Seite für diesen Zweck geschaffenen Einrichtungen in Verbindung zu treten. Die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie scheint also dem Vorstand des U. D. S. B. ebenso wie dem Parteivorstand der S. P. D. höher zu stehen, als die Solidarität der ganzen Arbeiterklasse.

Auch wir wissen, daß die darbenenden deutschen Arbeiter allein nicht imstande sind, dem russischen Proletariat wirksame Hilfe zu bringen. Aber trotzdem wird die deutsche Arbeiterklasse auch bei dieser Gelegenheit zeigen, daß die internationale Solidarität aller Schaffenden und Hungernden kein leeres Wort ist. In diesem Sinne hat die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien und auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Arbeiter zur Hilfeleistung für Rußland aufgerufen und wir haben die Gewißheit, daß dieser Ruf nicht ungehört verhallen wird.

Arbeitsgemeinschaft zwischen S.P.D. und U.S.P.D. in Elberfeld-Barmen

In einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft haben die Organisationsleiter der S.P.D. und unserer Partei für Barmen und Elberfeld einen Arbeitsgemeinschaftsvertrag geschlossen, der folgenden Wortlaut hat:

1. Zwischen der S.P.D. und U.S.P.D., Ortsvereine Barmen und Elberfeld, wird eine Arbeitsgemeinschaft gebildet.
2. Spitze dieser Arbeitsgemeinschaft bilden je 2 Vertreter aus den Vorständen der der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien.
3. Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist, durch Zusammenfassung aller sozialistischen Kräfte deren Stolz und Wehrkraft zu erhöhen.
4. Um das zu erreichen, sollen
a) alle Aktionen, die über das Interesse einer einzelnen Partei hinausgehen, gemeinsam, und falls sie nicht rein politischer Natur sind, in Gemeinschaft mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission vorbereitet und durchgeführt werden;
b) die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung in enger Hand in Hand arbeiten, sich über alle Fragen, Anträge und Vorlagen, die in den Stadtverordnetenversammlungen zur Verhandlung gelangen, vorher verständigen und sich in den Kommissionen sowie im Plenum der Stadtverordnetenversammlung

lung gegenseitig unterstützen. Zu diesem Zweck sind von beiden Fraktionen je 2 Vertreter zu benennen. Bei wichtigen Angelegenheiten sind gemeinsame Fraktionsbesprechungen einzuberufen;

c) die Fraktionen müssen darüber wachen, daß in den ihnen unterstellten Zeitungen der Kampf gegen die an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Parteien und deren Organe nicht in ehrenverletzender Form geführt wird.

d) Auch in den Versammlungen soll der Kampf nicht in ehrenverletzender Weise geführt werden. Die ganze Strohkrone ist möglichst gegen die bürgerlichen Parteien zu richten.

5. Wenn eine der an diesem Vertrag beteiligten Körperschaften in großer Weise gegen den Vertrag oder Teile des Vertrages verstößt, so steht es dem anderen am Vertrag Beteiligten frei, von der Arbeitsgemeinschaft auszutreten. Jedoch soll vorher die Spitze der Arbeitsgemeinschaft hierüber schriftlich benachrichtigt werden. Ist keine Verständigung möglich, so wird der Vertrag gelöst.

6. Dieser Vertrag tritt am 15. September 1921 in Kraft.

Ein Justizskandal

In der kommunistischen Presse wird mitgeteilt, daß die Kommunistin Schumann in Magdeburg wegen Beleidigung eines Beamten des Arbeitsamts Magdeburg seit dem 14. April (!) in Untersuchungshaft gehalten wird. Also wegen einer Sache, die mit Gefängnis oder höchstens einer kurzfristigen Freiheitsstrafe geahndet werden dürfte, wird die Frau schon über ein Vierteljahr im Gefängnis behalten! Heiß beschwerden sind vom Landgericht Magdeburg und dem Oberlandesgericht Raumburg abgelehnt worden, weil Frau Schumann — Ausländerin ist! Die in Deutschland von deutschen Eltern Geborene hat nämlich vor Jahren einen Oesterreicher geheiratet und ist daher heute "Aechsin"! Sie hat seit ihrer Geburt ihren künftigen Wohnsitz stets in Deutschland gehabt! Aber sie wird als Ausländerin behandelt, die fluchtverpflichtet ist!

Der Justizskandal wird verschärft durch einen Polizeiskandal. Am Tage ihrer Verhaftung ist nämlich Frau Schumann als "läufige Ausländerin" ausgewiesen worden! Die Verfügung ist von dem rechtssozialistischen Polizeipräsidenten von Magdeburg, Krüger, getroffen!

Der Rechtsbeistand der Inhaftierten erinnert mit geistreichem Humor daran, daß als Frau Schumann schon einmal ausgewiesen werden sollte — 1920 nach den Unruhen im Ruhrrevier, die dem Rapp-Bußch folgten — der rechtssozialistische "Vorwärts" entrißet schrieb:

"Diese Ausweisungspraxis ist ja ein sehr bekanntes und bequemes Mittel des altpreussischen Polizeistaats gewesen. Im vorliegenden Falle würde ihre Anwendung aber eine besondere Grausamkeit einschließen, denn die Frau Schumann ist in Magdeburg als Tochter eines alten, bürgerlichen, teils offen deutscher Staatsangehörigkeit geborenen und aufgewachsenen, hat niemals außerhalb Deutschlands gelebt. Sie ist vielmehr schon vor dem Kriege jahrelang in der Sozialdemokratie als eifriges Mitglied tätig gewesen und erst in den letzten Kriegsjahren aus der Bahn der sozialistischen Organisation ins Fahrwasser des kommunistischen Wirtums geraten. ... Gegen diese Unbill (der Ausweisung) ist von dem Rechtsbeistand der Frau Einspruch bei allen zuständigen Stellen, auch beim Reichspräsidenten, erhoben worden. Wir hoffen, daß schließlich das Reichsgesetz des deutschen Volkes sich als härter erweisen wird, als die Polizeibehörden des Anklagevertreters von Wele."

Der Herr Rechtssozialist Krüger, Polizeipräsident von Magdeburg, mag sich diese beherrschenden Worte des Zentralorgans seiner Partei zur Notiz nehmen. Ob er sich schämen und den kommissarischen Ausweisungsbefehl zurücknehmen wird? Die Justiz ist natürlich über solche Unbill nicht erhaben. Frau Schumann hat vom 15. bis 25. Juli Hungerstreik durchgeführt und ist am 28. Juli erneut in den Hungerstreik getreten! Der Justizminister kann die "unabhängigen Richter" freilich nicht kommandieren. Aber vielleicht kann er fragen, weshalb nicht endlich der Termin in der Bagateltsache angelegt wird!

Einigung

im mecklenburgischen Landarbeiterstreik

Schwerin, 8. August.

Von der Pressestelle der Mecklenburg-Schweriner Ministerien wird berichtet: Das Staatsministerium in Schwerin hatte auf Freitag, den 5. August, abends eine Sitzung mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anberaumt, in der eine Einigung im Landarbeiterstreik herbeigeführt worden ist. Es wurden Vereinbarungen über Lohnzulagen getroffen, die vom 1. August ab Geltung haben. Ferner bietet der Landbund keine Vermittlung an, um ausgesprochene Rindlungen in geeigneten Fällen wieder rückgängig zu machen und auch zu versuchen, daß gefährdete Arbeiter anderweitig untergebracht werden.

Ausperrung in der Braunschweiger Metallindustrie

II. Braunschweig, 6. August.

Eine Gesamtansperrung tritt, wie die "Braunschweiger Landeszeitung" berichtet, am Montag in sämtlichen Betrieben der Braunschweiger Metallindustrie ein, nachdem die Arbeiterschaft der einzelnen bisher im Streik befindlichen Betriebe, die auf Veranlassung des Staatsministeriums von den Organisationsvertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam gemachten Einigungsvorschläge abgelehnt hat. Die Arbeiter hatten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 70 Pf. gefordert. Ein Vorschlag des paritätischen Sachlöhnausschusses hat eine Erhöhung auf 50 Pf. und ein zweiter Vorschlag eine solche auf 40 Pf. vorgeschlagen; beide Vorschläge wurden jedoch abgelehnt.

Zeitungsberichte und Ausweisungen im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandskommission hat die Frankfurter Nachrichten im besetzten Gebiet für die Dauer von 3 Monaten vom 10. August ab wegen eines Artikels "Rache für Wuppard" verboten, ebenso die "Münchener Neuesten Nachrichten" wegen eines Artikels "Wilde Tiere" vom 5. August ab und den Bericht des "Jahrbuchs der Sächsischen Monatshefte, das bekanntlich die "Gegenrechnung" von Dr. Sellinger zusammenstellt, enthält. — Außerdem hat die Interalliierte Rheinlandskommission neuerdings 3 Kommunisten wegen Gefährdung der Sicherheit der Besatzungsarmee aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 8. bis 14. d. M. wie in der Vorwoche zum Preise von 340 M. für ein 20-M. Stück, 170 M. für ein 10-M. Stück. Für ein Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 47.600 M. und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Kabtritt des besagten Kabinetts vor den Wahlen. Der Vorsitzende des Ministerrates teilte, wie aus Brüssel gemeldet wird, mit, daß das Kabinett vor den allgemeinen Parlamentswahlen, die am 23. Oktober stattfinden sollen, keinen Kabtritt nehmen wird.

Die Gelder der Unterstützungskommission

Es war vorauszuwichen, daß die Kommunisten die politische Unterdrückung, die ihre Vertreter in der Berliner Unterstützungskommission begangen haben, dadurch zu rechtfertigen suchen würden, daß Genosse Barth angeblich die Gelder der Unterstützungskommission dem "Freiheit" Unternehmen habe zuführen wollen. Diese Lüge wird denn auch zur Veranschaulichung des wahren Sachverhaltes, und zur Berichtigung des Schwerpunktes der ganzen Angelegenheit in einem ellenlangen Artikel in der gestrigen Ausgabe der "Roten Fahne" breitgetreten. Obwohl Genosse Barth in seinem Bericht in der Donnerstag-Ausgabe der "Freiheit" die Angelegenheit des dem "Freiheit"-Verlag für kurze Zeit erteilten Darlehens mit aller Klarheit dargestellt hat, werden in dem Schwindelbericht der "Roten Fahne" die Dinge auf den Kopf gestellt, um das hinterhältige, treubruchige Vorgehen der kommunistischen "Treuhänder" gegen den Genossen Barth zu rechtfertigen und diesen vor der Berliner Arbeiterklasse als unguerdlich darzustellen.

In dem Bericht der "Roten Fahne" heißt es, das Genosse Barth den engeren Vorstand der Unterstützungskommission nicht angehört und daß Gemischte Mitglieder des engeren Vorstandes einstimmig damit einverstanden waren, daß Emil Barth über das Fortschaffen der Gelder nicht unterrichtet werden solle. Demgegenüber erklärt der Rechtsbeistand des Genossen Barth, Dr. Iren, in einer längeren Berichtigung, die gestern der "Roten Fahne" übermittelt wurde:

Emil Barth gehört dem engeren Vorstand der Unterstützungskommission an.

Es ist nicht wahr, daß sämtliche Mitglieder des engeren Vorstandes unterrichtet und auch damit einverstanden waren, daß Emil Barth nicht unterrichtet werden sollte, daß das Geld abgehoben und auf eine andere Bank eingezahlt werden sollte.

Nur in der Zeit vom Juni 1919 bis Januar 1920 nahm Emil Barth an den Sitzungen teil, weil er nicht in Berlin war.

In ausführlicher Weise wird in dieser Berichtigung weiter die Angelegenheit des Darlehens an den "Freiheit"-Verlag geschildert, das dadurch notwendig geworden war, daß einer der Treuhänder des Reichsbankvertrages Berlin der U.S.P.D., Adolph Hoffmann, aus Berlin abwesend war und der Bezirksverband deshalb nicht in der Lage war, die Summe von 140.000 Mark abzuheben, die er dem "Freiheit"-Verlag für Druckaufträge schuldet. Genosse Barth erklärte ausdrücklich, daß von einem Darlehen an die "Freiheit" ohne Beschluß der Unterstützungskommission keine Rede sein könne. Hier sei jedoch eine Ausnahme möglich, da die Gelder der Unterstützungskommission auf derselben Depositionskasse lagen, wie die Gelder des Reichsbankvertrages; er sei darum bereit, einen Bürgschaftsschein insoweit auszustellen, daß die Unterabteilung Adolph Hoffmanns dadurch verbürgt sei. Nach der Rückkehr Hoffmanns wurde die ganze Angelegenheit schnellstens geregelt, die Unterstützungskommission besagte zu Händen Barths den ausgestellten Scheck zurück, der durch Ausschütt eines Dreiecks unbrauchbar gemacht worden war, und wegen der ganzen Angelegenheit wurde innerhalb der Kommission nicht der geringste Vorwurf gegen Barth erhoben, da es sich um eine vorübergehende Bürgschaftssituation zugunsten einer Arbeiterorganisation handelte und gar nicht versucht worden war, für den ausgestellten Scheck bares Geld zu erhalten.

Was den erneuten Antrag des "Freiheit"-Verlages im September 1920 betrifft, ihm gegen Sicherheit ein Darlehen von 200.000 M. zu gewähren, so wurde dieser Antrag rein geschäftsmäßig von den drei Treuhändern und Baer mit der "Freiheit"-Verlagsgesellschaft verhandelt und der Gesamtkommission zur Beschäftigung vorgelegt. Wie Genosse Barth bereits in seinem Artikel vom 4. August mitteilte, wurde dieser Antrag abgelehnt, obwohl alle Arbeiterorganisationen stets Darlehen von Arbeiterorganisationen aufgenommen haben, und wohl auch die besten Sicherheiten gegeben waren, wie bei diesem Vertrage.

Auch in dieser Beziehung macht sich der Schwindelbericht der "Roten Fahne" einer bewußten Irreführung schuldig, indem er nur einige Punkte aus dem Vertragsentwurf des "Freiheit"-Verlages zitiert, und den wichtigsten unterläßt, nämlich das Darlehen von 200.000 M. als eine Art tätiges Geld durch wöchentliche Kündigung der Unterstützungskommission innerhalb eines Monats kassa und rückzahlbar war. Es heißt in § 6 des Entwurfs ausdrücklich:

Der Vermieter "Unterstützungskommission" darf das Kreditsverhältnis mit einer Frist von einer Woche schriftlich kündigen und hat dann wöchentlich 50.000 Mark — in Worten fünfzigtausend Mark — zu zahlen."

Ungeachtet des geschilderten Sachverhaltes muß es als eine gräßliche Irreführung der Berliner Arbeiterklasse angesehen werden, wenn in der "Roten Fahne" versucht wird, das betrügerische Vorgehen der kommunistischen "Treuhänder" durch eine lächerliche Darstellung der Parteifunktionäre des "Freiheit"-Verlages und durch persönliche Diskreditierung des Genossen Emil Barth zu rechtfertigen. Sowohl in bezug auf den Bürgschaftsschein von 140.000 Mark, wie auf den Darlehensentwurf des "Freiheit"-Verlages vom September 1920 ist das Verhalten des Genossen Barth durchaus einwandfrei gewesen. Das Vermögen der Unterstützungskommission ist um keinen Pfennig geschädigt oder verringert worden.

Zu den weiteren lächerlichen Behauptungen des Berichtes in der "Roten Fahne" erklärt der Rechtsbeistand des Genossen Barth:

"Es ist unklar, daß in einer Sitzung der Unterstützungskommission Barth seines Postens als Treuhänder enthoben worden sei. Wahr ist, daß keinem der nichtkommunistischen Mitglieder irgend etwas von einer Entziehung der Treuhänderschaft bekannt war. Wahr ist, daß das Konto Barth-Hagen-Edert beim Unterstützungsausschuss der Berliner Arbeiterklasse heute noch besteht. Wahr ist, daß weder Iren und Glauben hinter dem Rücken des dritten Treuhänders und hinter dem Rücken der nichtkommunistischen Mitglieder das Geld bis auf 250 Mark abgehoben worden ist."

Es ist nicht wahr, daß von beiden Kommunisten Barth der treibende Keil war, sondern wahr ist, daß bei beiden Angelegenheiten Baer der Erstinformierte gewesen ist. Es ist nicht wahr, daß die beiden Treuhänder in dem einen oder dem anderen Falle nicht benachrichtigt waren, sondern wahr ist, daß sie in beiden Fällen vor irgendwelcher Täuschung genau unterrichtet waren. Es ist nicht wahr, daß irgendwelcher berechtigter Grund zum Mißtrauen gegen Barth vorlag, sondern wahr ist, daß nach dem Parteitag in Halle die kommunistischen Mitglieder der Unterstützungskommission das Geld wegbrachten, damit man allein das Verfügungsrecht darüber hatte."

Es ist zum Schluß von Interesse, darauf hinzuweisen, daß die gestrige Erklärung in der "Roten Fahne" in diametraler Gegensatz steht zu dem Artikel der "Roten Fahne" vom 3. August, "Eine launige Verleumdung", in dem erklärt wurde, daß das Geld der Unterstützungskommission abgehoben wurde, weil man den Vertretern der S.P.D., der U.S.P. und der Gewerkschaftskommission nach der gemeinsamen Sitzung vom 22. Juli 1921 nicht mehr getraut hätte. Diese Behauptung war eine bewußte Lüge, da das Geld, wie jetzt zugegeben wird, bereits acht Monate früher, unmittelbar nach der Spaltung in Halle bereits geschafft worden war. Diese Freistellung besagt alles, daran können weder die Verleumdungslüste, noch die Lügen und Verleumdungen des kommunistischen Organs und seiner Stimmführer etwas ändern.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
3 Jahre schriftliche Garantie, Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Sedleson gratis, Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxurpreise.
Zahn-Praxis Natvani, Danziger Straße 6.

A. Wertheim Billige Angebote

Leipziger Str. Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Damenstrümpfe lang, schwarz, braun, weiß. 575
Damenstrümpfe lang, schwarz, Makroqualität. 11M
Damenstrümpfe lang, schwarz, weiß oder farbig, fein Musselin. 1575
Damenstrümpfe lang, la Seidenfaser, schwarz oder farbig. 2550
Damenstrümpfe Kunstseide, schwarz, weiß, hellgrau. 2950
Damenstrümpfe lang, Trama-seide mit Florrand und Floroblen, schwarz oder farbig. 46M

Weißer Tändelschürzen gestreifter Baft, mit Stickerel und Tasche. 975
Weißer Teeschürzen glatt und gestreifter Baft, mit Stickerelansatz. 1675
Wiener Blusenschürzen mit Tasche, gemusterter Krolonne. 2475
Wiener Blusenschürzen große Form, bunt Krolonne, einfarbiger Besatz. 2975

Damen-Sport-Jacken 185M moderne Form, lebhafte Farben
Herbst-Mäntel für Damen 298M 375M mellerer Stoff, mit Raglanärmel, lose Form

Damenhüte
Fesche Filzglocke mit Ripsbandeinfassung und Garnierung, moderne Farben. 75M
Glocke mit Ripsbandgarn. viele Farben. 78M
Moderne Hutformen Zylinderkopf und Filzrand, feine Farben. 78M

Handarbeiten
Halbleinen, weiß, starkfädig vorgezeichnet
Kissen mit Rückwand Gr. 40x60 cm. 2250
Decken mit Mohissum Gr. 90x90 cm. 32M
Decken mit Mohissum Gr. 140x140 cm. 10750
Kaffeewärmer genäht. 1450
Teewärmer genäht. 13M
Quadrate Gr. 55x55 cm. 5M

braun Rips, vorgezeichnet
Kissen mit Rückwand Gr. 40x60 cm. 2225

Decken aelig oder rund Gr. 30x30 cm. 48M
Kaffeedecke Größe 100x50 (140x100). 10650
Stuhlkissen. 750
Kaffeewärmer genäht. 1475

Küchengarn., vorgezeich. grau mit blau oder rot eingefärbt.
Besenhandtuch. 3250
Küchenhandtuch. 2125
Küchentischdecke. 1950
Leitungsschoner. 9M

Versand-Abteilung: Berlin W 9 • Stoffproben portofrei

Damenhemdchen weiß, gerippt, mit halben Ärmeln. 675
Damen-Hemdchsen weiß, gerippt. 1975
Damen-Hemdchsen mit gebäkeltem Einsatz. 2450
Schlupfbeckkleider f. Damen weiß oder farbig. 1425 19,50
Herren-Hemden makofarbig 3 Größen. 2475
Herren-Beinkleider makofarbig, 3 Größen. 1975

Fester Stoffbüstenhalter 875
Gestreiftes Stoff-Korsett mit Langellen. 1875
Graues Drell-Korsett 2 Hälter. 36M
Farbiges Drell-Korsett mit Spitzen-Garnitur. 45M

LEIPZIGER STR. WAHREND DER MODEN-WOCHE AUSLAGE DER NEUESTEN HERBST-MODELLE

Ueunthetlich für jeden Haushalt ist echter Hoost-Dreibohnenkaffee Marke Hoost, halb und halb / Emha 20', Bohnenkaffee / Hoost-Getreidekaffee M. Hoost, Berlin C 28, Prenzlauer Str. 46 Kolbel-Strasse 11 Alexander 1470

Theater und Vergnügungen

Volkshühne Sommerdirektion
Die Liebele
 8 Uhr: Die Fiedermaus
 9 Uhr: Die Fiedermaus
 Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Hausfrauen liebt
 Kammerstücke
 7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Hausfrauen liebt
 Großes Schauspielhaus
 8 Uhr: Die Weber
 (Nebenabteilung)

Königgräber Str.:
 Sonntag zum ersten Male:
Notruf
 Drama v. Herrn. Sudermann
Berliner Theater:
 Täglich 7.30 Uhr:
Milliarden
SOUPER

Komödienhaus:
 Nebenblich 7.30 Uhr: Der blonde Engel
 7 1/2 Uhr: Residenz-Theater
 Nebenblich 7.30 Uhr: Traumulus
Srinon-Theater
 Täglich 8 Uhr:
 Lady Windermere's Fächer
Kleines Theater
 8 Uhr: Hans Krampf in
Der Dieb (Le volour)
Walhalla-Theater
 7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft
Rose-Theater
 7 1/2 Uhr:
Mein Leopold
Theater
 am **Mollendorfsplatz**
 7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
 7 1/2 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Deutsches Künstler-Theater
 7 1/2 Uhr: Der Herr Verteidiger
 (Schl., Gebähr., Rollen)

Casino-Theater
 Eröffnung Freitag, 12. August mit der neuen Fülle **Excellenz Mexo**

Sommer-Theater
Schweizergarten
 Am Friedrichshain 29-32
 Sonntag, d. 14. August 1921
Große Verlosung einer Kurkarte
Prima weiß Emalte
 Die Karte ist im Einbrennen ausgezogen
 Dazu des demorg. Programm
 Sonntags ab 10 Uhr vorm. ab

Münzen
 Sammlungen
 laut Waß, Berlin, Wilhelmstr. 46/47
Münzen
 Handlung
Geld
 für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Goldscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher etc. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ober Stock.
Schriftmaler
 Gerling, Holmann & Co.
 Leipziger Straße 2

Sport-Palast
 Das größte Kino der Welt
 Potsdamer Str. 72 & Hochbahn U-Bahn
Der Tag der Vergeltung
 Censurloses Schauspiel in 5 Akten mit dem Hauptdarsteller Olof Göns Original Deutsch
Das Badehotel
 Lustspiel in 4 Akten.

Hilfssekretär gesucht
 Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend sucht zum sofortigen Eintritt einen Hilfssekretär. Es kommen nur Bewerber in Frage, die mit der sozialen Gefühlsregung sowie mit der Jugend- und Gewerkschaften-Fürsorge vertraut sind. Bewerber wollen sich unter „Bewerbung“ an die Gewerkschaftskommission unter Einreichung ihres Lebenslaufes und Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie Dauer ihrer Verbandzugehörigkeit bis einschl. 10. August wenden.
Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend

Lohnkartell für die Gemeindebetriebe Berlins
 Dienstag, den 9. August 1921, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Lehrervereinshauses“, Alexanderstraße 41
Funktionärversammlung
 Tagesordnung:
Beschlussfassung über die Vorschläge der Tariskommission zum neuen Lohnkartell
 Zu der Versammlung sind eingeladen die Funktionäre der im Lohnkartell beteiligten Organisationen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises und der grünen Funktionärkarte.
Das Lohnkartell:
 Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
 Deutscher Transportarbeiter-Verband
 Verband der Maschinisten und Heizer
 Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verband der Gärtner u. Gärtnereiarbeiter
 Zentralverband der Angestellten
 Den Betriebsoblenen zur Kenntnis, daß in der obigen Versammlung die Legitimationen für die Gewerkschaftswahlen ausgegeben werden.

Theater a. Kottbus. Tor
 Kottbuscher Straße 6.
 Täglich 7 1/2 Uhr
Elite-Sänger
 Neues Wagner-Programm!
 Opern: 11-12, und 4-6 Uhr.

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2% in Zahlung genommen!

Jetzt noch
während der Renovierung meiner Geschäftsräume
 Reinwollene u. kunstseidene Strickjacken in allen Farben 142.-
 Imp. Mäntel (Seidenglanz, Popeline) 163.-
 Seidenmäntel 245.- Reinw. Tuchmäntel 342.-
 Covercoatmäntel . 198.- Flotte Kostüme . . 236.-
 Mantelkleider . . . 254.- Gesellschaftskleider 395.-
 Gummimäntel für Herren 385.-, für Damen 295.-
 Stoffröcke . . 45.- 69.- Kammgarnröcke 129.- 185.-

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter **Rudolf Giebe**
 Hochhäuser Str. 13, am 4. August gestorben ist.
 Erre seinen Atonen!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, 9. August, um 11 Uhr, im Krematorium, Gerickestr., statt.
 Reg. Beteiligung erwünscht.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Vintnerstr. 83-85
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.
Berlin, den 9. August 1921, abends 8 Uhr
Berlin, den 9. August 1921, abends 8 Uhr
Berlin, den 9. August 1921, abends 8 Uhr
Berlin, den 9. August 1921, abends 8 Uhr

SCHAUBURG
 Königgräber Straße 121
Filmshow:
 Das große Spiel
 II. Episode: „Der Krokodil ausgetilgt“
Du bist das Leben
 N. d. Roman „Friedrich“ von Countess Hubler
Bühnenshow:
„Pff Herr Ober“
 Operette in 1 Akt mit Tieren
 Walter Farnes, Hans Wallner
 Vorstellung 6 1/2 Uhr
 Beginn 7 Uhr.

300
 heute
 am 1. Sonntag im Monat
 Eintritt: je 2 Mark
 und
 24 u.
 nachmittags
Großes Doppelkonzert
 Aquarium

Besondere Gelegenheitskäufe
Orig.-Modelle in Winter-Ulstern 278.- 350.- 525.- 800.- 1200.-

Fesche Pelzmäntel 2300.- 2950.- 3500.-
 Seidenplüschmäntel 750.- 1070.- 1520.-
 Sealplüschmäntel 2475.- Astrachanmäntel . 350.-

Westmann
 1. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a
 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Westmanns
 Trauer-Magazin
 Große Auswahl billiger Preise.
 I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
 II. Gr. Frankf. Str. 115 (nahe Andreasstr.)
 Auswahlentwurf ist. Amt Zentrum 7090
 Sonntags geschlossen.

Auto-, Motorenreparatur- und Neubau-Schlosser
 Am Dienstag, den 9. August 1921, abends 8 Uhr im Hofenthaier Hof, Rosenthaler Straße 114/15
Berlin, den 9. August 1921, abends 8 Uhr
Berlin, den 9. August 1921, abends 8 Uhr
Berlin, den 9. August 1921, abends 8 Uhr

Allgemeine Drisbrankenkasse
 Kassenabteil: Weißbierstr. 8
 Das Oberverwaltungsamt Berlin hat den 12. Nachtrag zur Zahlung der allgemeinen Drisbrankenkasse beschlossen.
 Der Nachtrag über die kleine und größere Heilmittel ist demnach am 1. August 1921 in Kraft getreten.
 Die Kasse ist am 1. August 1921 geschlossen.
 Der Kassenverwalter: Dr. Max Eberth

Dr. med. M. A. Eberth
 Spezialarzt für Harn- und Geschlechtsleiden
 Frauenleiden, Blutuntersuchung
 Elektrophysikal. Heilmethoden. Lichtbehandlung
 Berlin C 2, Königstr. 52 II, gegenüber dem Rathaus.
 Dr. Max Eberth
 Spezialarzt für Geschlechtsleiden
 Große Frankfurter Straße 37
 Augenleiden und Tuberkulose

Die Filmbörse — ein Sklavenmarkt

Glanz und Wirklichkeit

K. Tausende sitzen alltäglich vor der stimmenden Leinwand. Unter dem Ritz ihrer rasch wechselnden Bilder versinken die Sorgen: Oberschlefen und die Reparationen, Hitze und Schulden. Jedermann kennt die Stars, man kauft ihre Postkarten, hört staunend die Ziffern ihrer Verdienste; die großen Namen der Menschheit verblasen vor dem Mann ohne Namen.

Wir sehen eine verlogene Gesellschaft unwahrer Leidenschaften leben, phantastische Paläste sind erfüllt von gallionierten Dienern, Henry Fortes heiratet in einem märchenhaften Crêpe-de-Chine-Kleid, Jannings bekommt für eine Ausnahme zehntausend Mark. Jemandwo zwischen Neubabelsberg und Steglitz wächst in wenigen Wochen eine Stadt aus Kongohütten und Pagoden, Minarets und Korinthischen Säulen. Indianische Kanoes sausen über Stromschnellen, vor dreitausend Statisten trötet sich die russische Katharina, zwischen Zofabinnen und Trifotenien fällt das Haupt der Dabarry unter der Guillotine. Es kostet fünf, zehn, zwanzig Millionen. Was macht — der Film bringt es, die Kinoindustrie floriert.

Aber hinter den glänzenden Fassaden grinst das Elend, aus den bunten Trachten, in denen die Jahrhunderte wieder lebendig werden, schreit die Not. Und diese Not und dieses Elend sind kein Film, sind die grauenhafte Wirklichkeit unserer letzten Zeit, die das 18. Jahrhundert erstehen und das 20. zugrunde gehen läßt.

Die Statisten

Jene Kleingehälter, die den Männern Schauer durch die Glieder jagen und die Mädels schauspielerischen Tätigkeiten in sich suchen lassen, sind nur der dünne Oberbau einer im Schlamm und Hunger versinkenden Masse. Hinter den wenigen Sternen laufen die Regisseure her, aber die Menschenmengen, die die Bilder füllen, müssen ihre Arbeit suchen. Ihre Existenz, unsicher und schlecht bezahlt, ist fürchterlich, selbst an der Not unserer Tage gemessen.

Seit einigen Monaten haben sie wenigstens einen festen Markt, auf dem sie ihre Arbeit verkaufen können: die Filmbörse. Es handelt sich dabei um einen Arbeitsnachweis, der ungefähr den ähnlichen Einrichtungen der Handarbeiter entspricht und durch das Eintreten der Gewerkschaften geschaffen worden ist.

Die Filmbörse befindet sich in einem Café der unteren Friedrichstraße, und ich habe Gelegenheit genommen, sie mir dieser Tage anzusehen. Darüber in dem kühlen Tone eines Referats zu schreiben, ist mir allerdings unmöglich. Von diesem schauerlichen Bilde des Kapitalismus kann man nur sprechen im Tone der Anklage und Empörung.

Ich entsinne mich einiger amerikanischer Darstellungen von den Sklavenmärkten des vorigen Jahrhunderts, auf denen über armelige Schwarze die Peitschen ihrer Herren klatschten. Hier gibt es dasselbe Bild in der Halle eines modernen Cafés und der ganze Unterschied ist, daß diese Sklaven sich selbst verkaufen müssen.

Die Aufnahme

Die Filmbörse ist nicht für jeden zugänglich. Eine sorgfältige Kontrolle am Eingang hält die unorganisierte Konkurrenz fern; man will dadurch verhindern, daß gelegentliche Eindringlinge sich engagieren lassen, nur um sich eine Filmaufnahme einmal aus nächster Nähe ansehen zu können.

Wer Zutritt erlangen will, muß sich zunächst nach dem Bureau begeben und nachweisen, daß er bereits als Schauspieler oder Artist gearbeitet hat. Nach Vorlegung von Verträgen oder einer

anderen Legitimation erhält er eine Zulassungskarte und kann nun zusehen, wie er sich durchhungert.

Für Lehrlinge ist bei dieser Organisation allerdings kein Platz, aber das ist wirklich kein großes Unglück. Der Beginn einer großen Laufbahn ist hier selten wie das große Los, und von den zweihundert Mitgliedern darben auch so schon mehr als genug. Die Kosten, die diese Einrichtung mit sich bringt, werden zu gleichen Teilen von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen, während der Kontroll- und Ordnungsdiens ehrenamtlich versehen wird.

Leider wird die bescheidene Ordnung dieser Anordnung durchbrochen durch einige besser Situierte. Sie geben sich ein Stellchen an einer Anzahl „wilder“ Börsen und erschweren dadurch den Abschluß von Minimalakten, die wenigstens der kraftlosesten Ausbeutung Einhalt tun sollen. Eine solche „wilde“ Börse befindet sich beispielsweise im Café Kolosseum, und bedauerlicherweise finden sich dort auch Regisseure ein, um Engagements für kleinere Rollen abzuschließen.

Warten, warten, warten!

An langen Tischen sitzen etwa tausend Personen. Links die Frauen, rechts die Männer, durch den Gang getrennt. Siehen dort Tag für Tag, jeden Nachmittag von fünf bis acht und warten, warten, warten auf das Glück, das ein Engagement ist.

Das Lokal reicht nicht aus, ein Sitzplatz ist eine eiferfüchtig gehütete Eroberung, diese stehen herum. Nicht selten haben die Ordner Streitigkeiten zu schlichten, die um einen Stuhl oder Stammtisch entstehen. Dann hebt sich das erwartungsvolle Summen ein wenig, um bald wieder in den Gleichten der Sorge zu verebben.

Menschen jeder Art und jeder Herkunft sind hier. Junge und Alte, Männer und Frauen, in Fegen und von jener verdächtigen Eleganz, die man aus späten Abendstunden kennt. Stellungslose Artisten und vertrachte Schauspieler und Leute, die noch nie ein Wort auf der Bühne gesprochen. Aber die meisten sind nur Statisten, die heute Soldaten und morgen Ganitos sind, heute Foytrott tanzen und morgen Hurra schreien. Und alle auf die große Zukunft warten.

Niemals habe ich ein Lokal gesehen, in dem so wenig verzehrt wurde. Die Kellner gehen fast unbeschäftigt durch die Reihen, selten bestellt einer ein Glas Bier, eine Flasche Selter, eine schlechte Zigarre. Viele sitzen hier wochenlang, ohne ein einziges Engagement zu finden, blicken stumm und verblissen auf die Tür und warten. Ueber ein Drittel verdient im Monat weniger als 600 Mark!

Ein wenig besser sind die sogenannten Edelkomparsen gestellt. So nennt man die Glücklichen, die im Besitz eines Gesellschaftsanzuges sind oder besondere Kenntnisse, wie Reiten oder Autofahren besitzen. Sie erhalten pro Tag 75—100 Mark, manchmal auch ein bißchen mehr, aber gerade diese sind es, die die wilden Börsen bevorzugen. Dort erhalten sie zuweilen eine richtige Rolle, die etwa jener klassischen Theaterrolle des Dieners entspricht, der nichts weiter zu sagen hat als: „Die Pferde sind gefesselt.“

Neuerdings ist man freilich auch gegen die hohen Gagen der „Prominenten“ vorgegangen. Es besteht eine Abmachung, derzufolge die Höchstgagen nicht zweitausend Mark übersteigen darf. Aber man zahlt nunmehr den vierfachen Betrag als Aufwand seiner Entlohnung oder unter irgendeinem anderen Vorwand. Und schließlich, was nützt das den hungernden Statisten? Einen Tarif hat der Schlichtungsanschuß bisher abgelehnt, angeblich, weil es sich um kein festes Gewerbe handelt. In diesen Tagen wird in Verbindung mit dem gekündigten Tarif der technischen

Arbeiter erneut darüber verhandelt werden, und man muß mit allen Mitteln den Antrag der Statisten auf eine Mindestgagen von 75 Mark unterstützen. Beträgt doch die Tagesgagen für Massenkomparse bisher sage und schreibe fünfunddreißig Mark!

So steht die „Kunst“ unser Gegenwart ohne Schminke und Reflektoren da. Die ist mir das Wort von Marx klarer gewesen als an diesem Nachmittag in der Filmbörse: daß im kapitalistischen System alles zur Ware wird, die Menschen wie die Bielen und die Unterhosen.

Der Herr Hilfsregisseur kommt

Plötzlich geht eine Bewegung durch die Dampfbühne, pflanzt sich vom Eingang her fort wie eine elektrische Welle. Ein Hilfsregisseur kommt! Eine Möglichkeit zum Sattessen.

Ehe die Börse ihre heutige Form hatte, war das das Signal zu einem allgemeinen Aufstand. Jeder versuchte an ihm heranzukommen, ihn anzurufen, auf sich aufmerksam zu machen. Man stieß und drängte sich, hängte sich an ihn, ließ ihn nicht los. Der Schrei nach Brot in seiner fürchterlichen Nacktheit!

Jetzt ist es den Ordnern gelungen, diese Gewalttaten, in denen das Recht des Stärkeren triumphierte, zu beenden. Jeder muß ruhig auf seinen Platz bleiben, der Regisseur geht die Reihen entlang und sucht die passenden Typen aus; nur Blicke und leise Worte zeigen die heißen Wünsche.

Heute werden nur Männer gebraucht, da es sich um ein militärisches Schauspiel handelt. Die Bedingungen sind folgende: fünfunddreißig Mark den Tag und fünfundzwanzig Mark Aufwandsentschädigung. Da die Aufnahme draußen erfolgt, wird sie den ganzen Tag in Anspruch nehmen. Von sechs Uhr morgens bis neun Uhr abends für sechzig Mark! Dabei muß jeder einzelne noch sich selbst Puder und Schminke beschaffen.

Alles murr über diese Ausnutzung, schimpft halblaut, einen Augenblick erklärt jeder, daß er es nicht annehmen würde — und ist dann doch glücklich, wenn er den kleinen Zettel in die Hand gedrückt bekommt, der ihn verpflichtet.

Engagiert! Das bedeutet einen Tag ohne Sorge, vierundzwanzig Stunden ohne Hunger, eine Nachtruhe mit vollem Magen. Engagiert! Das ist Glück und Arbeit, vielleicht das Sprungbrett zur großen Karriere!

Fünfhundert Frauen sind heute ohne dieses Glück geblieben, sitzen dort, stumpf und gierig, pressen die Lippen zusammen und warten und hoffen

So heute und morgen und alle Tage. Immer, immer

Heraus mit der zuviel gezahlten Steuer

Den Arbeitern und Angestellten ist durch den Steuerabzug vom Arbeitslohn im vorigen Jahr meist ein weit höherer Betrag abgezogen worden, als sie tatsächlich zu zahlen hatten. Oftmals sind diese Summen noch dadurch vermehrt worden, daß Arbeitgeber in Unkenntnis der Steuergeetze einen größeren Betrag vom Lohne einbehalten haben, als sie tatsächlich nach dem Gesetz hätten abziehen dürfen. Man sollte annehmen, daß die Finanzämter sich beeilen würden, diese Beträge schleunigst herauszugeben.

Wir berichteten seinerzeit darüber, daß eine dementsprechende Verfügung an die Finanzämter durch das Finanzministerium erlassen worden ist, wir müssen aber heute feststellen, daß diese Verfügung bisher keinerlei Wirkung gehabt hat.

Durch eine ganze Reihe von Zuschriften können wir feststellen, daß selbst solche Personen, die sich in momentaner Not befinden, ihr Guthaben von den Finanzämtern nicht erhalten können. Es erscheint uns daher dringend nötig, daß das Ministerium den Finanzämtern plausibel macht, daß keine Anordnungen auch tatsächlich ausgeführt werden müssen. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob die Unfähigkeit der unteren Organe oder bewusste Sabotage die Hauptursache an diesen Zuständen ist. Wir fordern, daß das Finanzministerium schneller wie bisher erledigt wird. Es wird dann vielleicht auch Zeit gewonnen, endlich mal energisch an eine Eintreibung der Besitzsteuern heranzugehen.

Die Arbeiter und Angestellten, die ihr Einkommen im Gegensatz zu den Bestehenden bis auf den letzten Pfennig versteuern

Putz Ausverkauf

Leipziger Straße Alexanderplatz

Während der Ausstellung

Preiswerte Angebote

Sowelt Vorrat Sowelt Vorrat

<p>Filzkornett 36⁵⁰</p> <p>Filzform <small>groß, elegant, mit Filzstrafen garniert</small> 68⁰⁰</p> <p>Filzglode <small>modern, mit Ledergarnitur</small> 87⁰⁰</p> <p>Filzbrettonne <small>elegant, mit Bandgarnitur</small> 90⁰⁰</p> <p>Filzform <small>modern aufgeschlagen, mit Bandgarnitur</small> 93⁰⁰</p> <p>Filzjoque <small>mit Seifachs und Bandgarnitur</small> 107⁰⁰</p> <p>Filzhüte <small>elegante Form, schwarz und farblich</small> 60⁰⁰ bis 95⁰⁰</p> <p>Velbelhüte <small>schwarz und farblich</small> 147⁰⁰</p> <p>Velourshüte <small>schwarz und farblich</small> 180⁰⁰</p> <p>Silkina-Hüte 210⁰⁰</p> <p>Ulster-Matelot <small>mit Ledergarnitur</small> 79⁰⁰</p>	<p>Kostümstoffe <small>130 cm, grau meliert, Meter</small> 34⁵⁰</p> <p>Foulé <small>130 cm, reine Wolle, in den neuesten Sportfarben, Meter</small> 59⁵⁰</p> <p>Ulstermäntel 290⁰⁰</p> <p>Uebergangsmäntel 490⁰⁰</p> <p>Reisemäntel 590⁰⁰</p> <p>Mantelkleider 490⁰⁰</p> <p>Waschkleider <small>weiß und farblich</small> 98⁰⁰</p> <p>Seidenkleider <small>Foulard</small> 295⁰⁰</p>	<p>Alaska-Füchse <small>in großer Auswahl</small> von 590⁰⁰ an</p> <p>Damen-Pelzmäntel <small>Elektrik-Kantä, von</small> 3500⁰⁰ an</p> <p>Herren-Gehpelze von 2950⁰⁰ an</p> <p>Maulwurfs- und Opossum-Schals <small>in großer Auswahl</small></p> <p>Waschblusen <small>verschiedene Formen</small> 17⁵⁰ 19⁵⁰</p> <p>Weisse Waschblusen <small>aparte Formen</small> 39⁵⁰ 49⁵⁰</p> <p>Waschblusen <small>weiß und farblich, wertvolles Material, schicke Formen</small> 69⁵⁰</p>	<p>Kleider-seide <small>doppeltbreit, in mod. Farb., Mtr.</small> 64⁵⁰</p> <p>Crepe de Chine <small>schwere Quant., Meter</small> 98⁵⁰</p> <p>Kinder-Waschkleider <small>45-70 cm lang, verschiedene Formen, ca. 45 cm lang, Jede weitere Größe M. 4,00 mehr</small> 35⁰⁰</p> <p>Mädchen-Waschkleider <small>75-100 cm lang, ca. 75 cm lang, Jede weitere Größe M. 4,00 mehr</small> 59⁰⁰</p> <p>Knaben-Waschanzüge <small>für 3-8 Jahre, Schüßel- u. Kießer Form, für ca. 3 Jahre, Jede weitere Größe M. 6,00 mehr</small> 62⁰⁰</p> <p>Burschenanzüge <small>washbar, für 9-14 Jahre, Joppenform, aus gewaschenen Stoffen, für ca. 9 Jahre, Jede weitere Größe M. 10,00 mehr</small> 115⁰⁰</p> <p>Lodenpelerinen <small>mit Capuchon, 70-110 cm lang, unparisierliche Stoffe, ca. 70 cm lang, Jede weitere Größe M. 10,00 mehr</small> 113⁰⁰</p>
---	--	--	---

Im 1. Stock: Ausstellung

Modische Gebrauchsgegenstände für die Dame

Herren Putz

Gewerkschaftliches

U. S. P. D.-Gemeindearbeiter und Angestellte aus den Gemeindebetrieben Groß-Berlins

Am Montag, den 8. August 1921, abends 6 Uhr, im Lokal „Königsbau“, Große Frankfurter Straße 117

Gemeinsame Versammlung der Kollegen der U. S. P. D. u. S. P. D.

Tagesordnung:

- 1. Die bevorstehende Lohnbewegung.
2. Verschiedenes.

Zur Versammlung werden Vertreter beider Fraktionen erscheinen. Eintritt nur gegen Vorweis der Parteimitgliedschaft der S. P. D. oder U. S. P. D. und gegen freigewerkschaftlichen Verbandsausweis.

Wir erziehen um zahlreichen Besuch der Parteigenossen!

Die Fraktions-Vorstände.

Der Reichstag und die zehn Forderungen des AOB.

I.

Die parlamentarische Behandlung der am 26. Februar d. J. gestellten 10 Forderungen des AOB. hat mit dem Beschluß des deutschen Reichstages am 7. Juli ihren Abschluß gefunden.

Die parlamentarische Behandlung der am 26. Februar d. J. gestellten 10 Forderungen des AOB. hat mit dem Beschluß des deutschen Reichstages am 7. Juli ihren Abschluß gefunden.

Den Erwerbslosen soll die Unterstützung auch über die Dauer von 26 Wochen hinaus in allen den Fällen fortgewährt werden, in denen es nach der Lage des Arbeitsmarktes zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist.

Ueber die Hauptfragen wurde im Ausschuß weiter verhandelt. Nach langwierigen Beratungen konnten am 5. Juli dem Reichstag als Resultat die folgenden Grundzüge zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit vorgelegt werden.

Die Arbeitslosigkeit ist mit den Fragen der Wirtschaft aufs engste verbunden. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse trägt gleichzeitig zur Verringerung der Zahl der Arbeitslosen bei.

Zur Erreichung des letztgenannten Zieles wird zunächst die planmäßige Umschichtung der Bevölkerung verlangt. Maßnahmen, um den Lebensmittelpreis zu vergrößern, um das so bitter notwendige Ziel zu erreichen, dem deutschen Boden mehr Frucht abzugewinnen, zugleich aber auch, um dem Industriearbeiterüberschuß Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft zu geben.

Die nach dem Kriege eingetretene wirtschaftliche und soziale Verhältnisse machen eine weitgehende Umschichtung der Bevölkerung von der Stadt auf das Land dringend erforderlich.

- 1. eine großzügige Neubesiedlung und Anliegerbesiedlung.
2. die Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel.
3. eine Abänderung des Reichsbesiedlungsgesetzes, wodurch die jetzt bestehenden Hemmnisse der Siedlung beseitigt werden.

- 4. die Anlernung städtischer Arbeiter für Landwirtschaft und Gartenbau.
5. die Schaffung von Kulturparks, namentlich um die größeren Städte, durch Ruhparkanlagen von Oedflächen und Ausbau zu gärtnerischer Siedlung zur Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse, Obst u. a.
6. Förderung der Restorations, Kultivierung und Besiedlung von Moorlandbereichen unter möglichst Berücksichtigung des Naturschutzes.

Hauptteil des Beschlusses sind die Grundzüge über die Arbeitsbeschaffung, vor allem Förderung des Baugewerbes durch Beihilfen und Bekämpfung der ungesunden hohen Baustoffpreise.

Arbeitsbeschaffung.

- 1. Förderung des Baugewerbes in Stadt und Land durch a) Baubeihilfen, b) Anregung der privaten Bautätigkeit auf dem Wege steuerlicher Erleichterung und freier Verfügung über Neubauten, c) Bekämpfung ungesunder hoher Preise der Baustoffe, d) mit den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Ausbesserungsarbeiten an den Wohnhäusern zu fördern.
2. Schnellere Förderung des Baues von Kanälen, Talsperren sowie anderen Arbeiten, die einer Förderung des Verkehrs und der Wirtschaft dienen, evtl. unter Bereitstellung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge.
3. Neubau notwendiger Berufshäuser und Wiederherstellung der vielfach sehr stark abgenutzten Landstraßen und Wege.
4. Beschleunigung der Wiederaufbauarbeiten.
5. Soziale Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang.

Bei der Vergabe dieser Aufträge sind, unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit, die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen.

Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, soll zunächst zum Zwecke der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe vergeben werden.

Bei allen Arbeitsaufträgen der öffentlichen Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden, die in der heutigen Notzeit vergeben werden, ist der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen.

Zur Mitwirkung bei der Regelung der Auftragsvergabe, soweit es sich um die in Ziffer 5 Abs. 2 bis 4 vorgesehenen Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände zuzuziehen.

Die Gemeinden werden ersucht, mit Unterstützung der Länder und der produktiven Erwerbslosenfürsorge des Reichs erhöhte Aufmerksamkeit auf die Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte zu richten.

Weibliche Erwerbslose sind zur Übernahme von Hausangestelltenarbeit anzuregen. Zu ihrer Ausbildung können nach Bedarf Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingesetzt werden.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind in angemessener Weise auch die Mittel- und Kleinbetriebe heranzuziehen.

Der Boykott gegen die Peter, Gaisler und Kohler-Schokoladenfabrik

Die Moral der Geldmenschen.

Der Bericht über das Geschäftsergebnis der Millionenfirma über das Jahr 1920 ist lobend erschienen. Die Geschäfte rentierten sich besser als in den Jahren zuvor.

Arbeiter! Konsumenten! erinnert euch daran, daß zu der gleichen Zeit, wo die Kapitalisten den Millionenertrag unter sich verteilen, die gemährtesten Arbeiter auf der Straße um Brot bettelten.

den Bevölkerung aller Länder aus. Freund und Feind mühten zu den Millionen beitragen. Jetzt nützen die Fabrikanten die Krise aus.

Die Schweizerische Hochfinanz will sich auch weiterhin ohne jede Hemmung ihre Profite durch die Ausbeutung der Konsumenten wie Arbeiter sichern.

Die internationale Solidarität der arbeitenden Klasse muß diesem jeder Moral baren Bestreben einen Damm setzen.

Deshalb hoch der Boykottkampf!

Die Exekutive der Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie.

Morgenpost und Ägypterstreik in Schmödtwih

Die Morgenpost, die jetzt nur von Angehörigen der arbeitenden Klassen gelesen wird, weil eben diese Zeitung ihrem Indifferentismus sich anpaßt, erzählt in großer Aufmachung von einem Ägypterstreik in Schmödtwih.

Unternehmer als Rowdies

In dem linksrheinischen Kreise Düren hat die Werbetätigkeit des Deutschen Landarbeiterverbandes einige Zeit geruht. Der neu angestellte Kreisleiter H. versuchte, die Landarbeiter wieder zu organisieren.

Der Kreisleiter H. setzte sich, nachdem die Vorarbeiten für die in Aussicht genommene Versammlung erledigt waren, auf sein Rad und fuhr nach einem anderen Ort. Unterwegs wurde er von den Hofbesitzern, Gebrüder Strepp, und deren Inspektor eingeholt und aufgefordert, vom Rade zu steigen.

Allgemeiner Arbeiterkongreß in Australien.

Am 22.-26. Juni wurde in Melbourne unter Teilnahme von 300 Delegierten der allaustralische Arbeiterkongreß abgehalten, dessen Zweck war, die Bewegung in Australien der geistigen Umwälzung anzupassen.



Rest- & Einzelpaare Billiger Kinder-Stiefel- und Sandalen-Verkauf

Wir haben nach beendetem Saison-Ausverkauf eine grössere Menge Rest- und Einzelpaare übrig behalten, die wir in den Innenräumen unserer Geschäfte übersichtlich zusammengestellt haben.

Stilleer



